

Inhaltsverzeichnis Teil A

A	Besteuerung der Einzelunternehmen	15
I	Grundfragen der Gewinnermittlung (inklusive § 4 Abs. 3-Rechnung) ..	16
1	Betriebsvermögensvergleich und Einnahmenüberschussrechnung.....	16
1.1	Überblick	16
1.2	Der technische Unterschied im Einzelnen.....	18
1.3	Der Personenkreis für die Überschussrechnung	19
1.4	Formalia (Aufzeichnung, Wahl der Gewinnermittlung).....	20
1.4.1	Aufzeichnung und Aufbewahrung.....	20
1.4.2	Wahl der Ermittlungsart	21
1.4.3	Sonderfallgruppe (BFH vom 24.06.2009, BStBl II 2009, 993).....	22
2	Die Überschussrechnung im Einzelnen.....	23
2.1	Der »Überschuss« der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben.....	28
2.1.1	Die Betriebseinnahmen im Gewinnsteuerrecht (Zeile 8 bzw. Zeile 11 der AnEÜR 2011).....	28
2.1.2	Besonderheiten bei den Betriebseinnahmen	30
2.1.3	Die Sonderbehandlung durchlaufender Posten (§ 4 Abs. 3 S. 2 EStG).....	32
2.2	Die Technik des § 11 EStG	33
2.2.1	Leistungen an Erfüllungs statt und erfüllungshalber.....	33
2.2.2	Der »kurze Zeitraum« bei den regelmäßig wiederkehrenden Betriebs-einnahmen und -ausgaben	34
2.2.3	§ 11 EStG und der Betriebsausgaben-Abfluss	35
2.3	Einzelne Posten der Überschussrechnung.....	36
2.3.1	Das Umlaufvermögen (Zeile 23 der AnEÜR 2011)	36
2.3.2	Das abnutzbare Anlagevermögen (Zeilen 26–35 der AnEÜR 2011).....	37
2.3.3	Das nicht abnutzbare Anlagevermögen (evtl. Zeile 35 der AnEÜR 2011) ...	40
2.4	Spezialfragen der Überschussrechnung	41
2.4.1	Entnahmen und Einlagen (technische Fragen) (Zeilen 16–18, 78 und 79) ..	41
2.4.2	Die Bedeutung von (Bar-)Geld.....	46
2.4.3	Probleme mit der Umsatzsteuer bei der Überschussrechnung	46
2.4.4	Der Tausch	48
2.4.5	Gewillkürtes Betriebsvermögen bei § 4 Abs. 3 EStG.....	49
2.4.6	§ 4 Abs. 3 EStG bei Erwerb und Verkauf mit wiederkehrenden Zahlungen	50
2.4.7	Zusammenfassung (Schema zur § 4 Abs. 3-Rechnung)	50
2.5	Der Wechsel der Gewinnermittlung (mit Kurzrepetitorium Bilanzrecht)	56
2.5.1	Gründe für den Wechsel.....	56
2.5.2	Das technische Problem und die Lösung	57
2.5.3	Zusammenfassende Fallstudie	59
2.5.4	Ausgewählte Fragen zum Wechsel	66
2.5.4.1	Der Rechnungsabgrenzungsposten.....	66

2.5.4.2	Die Rücklage für Reinvestition (§ 6c EStG) und andere Rücklagen (= Zeilen 73–77 Anlage EÜR 2010).....	66
2.6	Ausblick.....	67
3	Bedeutung der Entnahmen und Einlagen bei der Gewinnermittlung.....	68
3.1	Arten und Notwendigkeit der einzelnen Korrekturposten – Übersicht.....	68
3.2	Die Entnahmen beim Einzelunternehmer	70
3.3	Die Einlagen beim Einzelunternehmer	76
3.3.1	Grundzüge und Wirkungsweise der Einlage	76
3.3.2	Gegenstand der Einlage, insbesondere die Nutzungs(-aufwands-)einlage ..	77
3.3.3	Die Bewertung der Einlage	78
3.4	Gesellschaftsrechtliche Privatvorgänge, insbesondere die Einlage.....	81
3.4.1	Der Privatbereich und die gesellschaftsrechtliche Gewinnermittlung – Überblick.....	81
3.4.1.1	Die Sphäre der Personengesellschaften.....	81
3.4.1.2	Die Sphäre der Kapitalgesellschaften.....	82
3.4.2	Steuerrechtliche Fragen zum Privatbereich der Personengesellschafter	83
3.4.3	Der Privatbereich der Gesellschafter bei einer Kapitalgesellschaft, insbesondere die verdeckte Einlage.....	85
3.5	Erweiterter Anwendungsbereich	87
3.5.1	Neue (nichtfiskalische) Betätigungsfelder für Entnahmen/Einlagen	87
3.5.2	Der »Einsatz« im Outbound-Bereich – Überblick	88
4	Absetzung für Abnutzung	90
4.1	Planmäßige Abschreibung auf das abnutzbare Anlagevermögen – Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (ohne Gebäude-AfA)	90
4.1.1	Einführung (Zweigleisigkeit der AfA)	90
4.1.2	Die planmäßige AfA im Steuerrecht – Überblick	90
4.1.2.1	Ein (erster) Vergleich der linearen und der degressiven AfA	91
4.1.2.2	Die Leistungs-AfA gemäß § 7 Abs. 1 S. 6 EStG.....	91
4.1.3	Die Ausnahme: Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 S. 7 EStG)	92
4.1.4	AfA-Berechtigung.....	92
4.1.5	Beginn und Ende der AfA.....	92
4.1.5.1	Beginn der AfA.....	92
4.1.5.2	Ende der AfA: Ausscheiden des Wirtschaftsguts	93
4.1.6	Die Bemessungsgrundlage bei der AfA (R 7.3 EStR)	93
4.1.7	Nachträgliche Herstellungskosten	94
4.1.8	Nachholung unterlassener AfA (R 7.4 Abs. 10 EStR und H 7.5 EStH)	95
4.1.9	AfA nach außergewöhnlicher Absetzung oder Teilwertabschreibung.....	96
4.1.10	AfA nach Gewährung eines Zuschusses in einem auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr.....	96
4.1.11	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	96
4.1.12	Übersicht: lineare, degressive und Leistungs-AfA	96
4.2	AfA bei Gebäuden	97
4.2.1	Allgemeines	97

4.2.2	Lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	98
4.2.2.1	Der AfA-Satz	98
4.2.2.2	Außerordentliche Absetzung (AfaA)	99
4.2.2.3	Beginn der Nutzungsdauer (§ 11c Abs. 1 EStDV)	99
4.2.2.4	Bemessungsgrundlage für die AfA	100
4.2.2.5	Überführung von Grundstücken und Grundstücksteilen vom Privatvermögen in das Betriebsvermögen und umgekehrt (R 7.3 Abs. 6 EStR)....	101
4.2.2.6	Zuschuss in einem dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr	101
4.2.2.7	AfA nach einer Wertaufholung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 oder gemäß § 7 Abs. 4 S. 3 EStG.....	102
4.2.2.8	Besonderheiten bei nachträglichen Herstellungskosten.....	102
4.2.3	Staffel-degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	103
4.2.3.1	Degressive AfA bei neuen Wohngebäuden.....	103
4.2.3.2	Übergang zu anderen AfA-Methoden und Absetzung für außergewöhnliche Abnutzung.....	103
4.2.3.3	Bemessungsgrundlage für die AfA	104
4.2.3.4	Nachträgliche Herstellungskosten	104
4.2.4	AfA bei Personengesellschaften (bei Mitunternehmern)	104
4.2.5	Nachholung unterlassener AfA	104
4.2.6	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	105
4.2.7	AfA bei selbständigen Gebäudeteilen	105
4.3	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen (§ 7a EStG, R 7a EStR)	106
4.3.1	Nachträgliche Herstellungs- oder Anschaffungskosten.....	106
4.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	106
4.3.3	Mindestabsetzung bei erhöhten Absetzungen.....	107
4.3.4	AfA neben Sonderabschreibungen	107
4.3.5	Kumulierungsverbot	108
4.3.6	Abschreibungen bei mehreren Beteiligten.....	108
4.3.7	Buchmäßiger Nachweis.....	108
4.3.8	AfA nach Sonderabschreibungen	108
4.4	Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung gemäß § 7g EStG	110
4.4.1	Neuregelung des § 7g EStG.....	110
4.4.2	Persönliche Voraussetzungen.....	110
4.4.3	Sachliche Voraussetzungen.....	111
4.4.4	Höhe des Investitionsabzugsbetrags (§ 7g Abs. 2 EStG).....	111
4.4.5	Höhe der Sonderabschreibung (§ 7g Abs. 5 EStG).....	112
4.4.6	Begünstigte Wirtschaftsgüter (§ 7g Abs. 3 S. 1 EStG)	112
4.4.7	Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags.....	112
4.4.8	Herabsetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	112
4.4.9	Rückgängigmachung des Abzugs (§ 7g Abs. 4 EStG).....	112
4.4.9.1	Fehlende Hinzurechnung des Abzugsbetrags	112
4.4.9.2	Fehlende betriebliche Nutzung des begünstigten Wirtschaftsguts in einer inländischen Betriebsstätte.....	113

4.4.10	Anwendung bei Personengesellschaften	113
4.4.11	Abschließende Beispiele	113
4.4.12	Sonderthema: Ansparrücklage und Betriebsveräußerung	115
5	Investitionszulage	115
II	Der Betriebsvermögensvergleich	116
1	Bilanzierungsgrundsätze	116
1.1	Allgemeines	116
1.2	Vollständigkeitsgebot	116
1.3	Unterschied Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut	116
1.4	Persönliche Zurechnung der Wirtschaftsgüter	117
1.4.1	Allgemeine Grundsätze	117
1.4.2	§ 39 Abs. 2 Nr. 1 AO in der Bilanzierung	117
1.4.2.1	Unmittelbarer Anwendungsfall des wirtschaftlichen Eigentums	118
1.4.2.2	Ergänzungstatbestände (Auflistung)	118
1.5	Das Finanzierungsleasing als besondere Form des wirtschaftlichen Eigentums	119
1.5.1	Das Leasing als »Auslöser« für § 39 Abs. 2 Nr. 1 AO	119
1.5.2	Die allgemeinen Kriterien der subjektiven Zuordnung beim Leasing	120
1.5.3	Besonderheiten in der bilanziellen Darstellung des Leasings	121
1.6	Mietereinbauten	124
1.6.1	Allgemeines	124
1.6.2	Scheinbestandteile	124
1.6.3	Betriebsvorrichtungen	124
1.6.4	Sonstige Mietereinbauten/Mieterumbauten	124
1.6.4.1	Erste Fallgruppe: Mieter ist wirtschaftlicher Eigentümer	124
1.6.4.2	Zweite Fallgruppe: Betriebliche Zweckbauten	125
1.6.4.3	Dritte Fallgruppe: Immaterielle Wirtschaftsgüter	125
1.6.5	Klausurtechnik	126
1.7	Das Betriebsvermögen aus steuerlicher Sicht	127
1.7.1	Grundsatz	127
1.7.2	Notwendiges Betriebsvermögen	127
1.7.3	Notwendiges Privatvermögen	127
1.7.4	Gewillkürtes Betriebsvermögen	127
1.7.5	Gliederung des Betriebsvermögens	129
1.8	Bilanzierungsverbote	130
2	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	130
2.1	Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	130
2.1.1	Allgemeines	130
2.1.2	Der Grundsatzbeschluss des Bundesfinanzhofs vom 03.02.1969	131
2.1.3	Durchbrechung der Maßgeblichkeit	132
2.1.4	Aufstellung einer abweichenden Steuerbilanz	133
2.1.5	Anpassung der Bilanzposten außerhalb der Bilanz	134
2.1.6	Schematische Darstellung der Abweichungen zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	135
2.1.6.1	Darstellung der Abweichungen für alle Unternehmensformen	135

2.1.6.2	Darstellung der Abweichungen nur für Kapitalgesellschaften.....	138
2.1.6.3	Darstellung der Abweichungen für Personengesellschaften.....	139
2.1.6.4	Darstellung der Abweichungen nur für Einzelunternehmen und im Rahmen des Sonderbetriebsvermögens bei Personengesellschaften	139
2.1.7	Klausurtechnik	140
3	Einzelne Ansatzvorschriften	141
3.1	Immaterielle Vermögensgegenstände.....	141
3.1.1	Bilanzierungsvorschriften.....	141
3.1.1.1	Grundsätzliches Bilanzierungsgebot.....	141
3.1.1.2	Bilanzierungsverbot	141
3.1.1.3	Entgeltlicher Erwerb eines immateriellen Wirtschaftsguts.....	141
3.1.2	Immaterielles Gesamtwirtschaftsgut.....	142
3.1.3	Immaterielle Einzel-Wirtschaftsgüter	142
3.2	Rechnungsabgrenzungsposten	143
3.2.1	Aktive Rechnungsabgrenzung.....	143
3.2.2	Passive Rechnungsabgrenzung	143
3.2.3	Gemeinsame Voraussetzung für die Bildung von Rechnungs- abgrenzungsposten	143
3.2.4	Spezialvorschriften	144
3.2.5	Damnum (Disagio)	144
4	Bewertungsfragen	145
4.1	Bewertungsgrundsätze	145
4.1.1	Allgemeines	145
4.1.2	Die einzelnen Grundsätze	145
4.1.2.1	Bilanzidentität (§ 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB)	145
4.1.2.2	Going-Concern-Prinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).....	146
4.1.2.3	Einzelbewertung, Stichtagsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB)	146
4.1.2.4	Vorsichts-, Realisations- und Imparitätsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB)	146
4.1.2.5	Abgrenzungsgrundsätze (§ 252 Abs. 1 Nr. 5 HGB).....	146
4.1.2.6	Bewertungsstetigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB)	146
4.1.2.7	Wertaufhellungsgrundsatz (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB)	147
4.1.3	Anwendungsgrundsätze für die Wertaufhellung.....	149
4.1.3.1	Tag der Bilanzaufstellung	149
4.1.3.2	Bessere Erkenntnis nach der Bilanzaufstellung	149
4.1.3.3	Wertaufhellende und wertbeeinflussende Tatsachen.....	149
4.1.3.4	Wertaufhellende Tatsachen.....	150
4.1.3.5	Wertbeeinflussende Tatsachen	150
4.1.3.6	Die Wertaufhellungstheorie bei Pauschalbewertungen.....	150
4.1.3.7	Realisationsprinzip	151
4.2	Bewertungsvorschriften nach Handels- und Steuerrecht	153
4.2.1	Handelsrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens.....	154
4.2.2	Steuerrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	154
4.2.3	Handelsrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	155
4.2.4	Steuerrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	156
4.2.5	Handelsrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens.....	157

4.2.6	Steuerrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	157
4.2.7	Voraussichtlich dauernde Wertminderung und Wertaufholung im Steuerrecht	158
4.2.7.1	Gesetzliche Vorschriften	158
4.2.7.2	Anweisungen der Finanzverwaltung	158
4.2.7.3	Definition der dauernden Wertminderung	159
4.2.7.4	Teilwertabschreibung beim abnutzbaren Anlagevermögen.....	159
4.2.7.5	Wertaufholung beim abnutzbaren Anlagevermögen	160
4.2.7.6	Teilwertabschreibung beim nicht abnutzbaren Anlagevermögen	160
4.2.7.7	Wertaufholung beim nicht abnutzbaren Anlagevermögen.....	162
4.2.7.8	Teilwertabschreibung beim Umlaufvermögen	162
4.2.7.9	Wertaufholung beim Umlaufvermögen	163
4.2.7.10	Die Verwaltungsmeinung zur dauernden Wertminderung (Kritik)	163
5	Bewertungsmaßstäbe und Erwerbsmodalitäten.....	164
5.1	Anschaffungskosten.....	164
5.1.1	Handelsrecht	164
5.1.2	Steuerrecht.....	164
5.1.2.1	Einzelkosten/Gemeinkosten	164
5.1.2.2	Gesamtkaufpreis für mehrere Wirtschaftsgüter	165
5.1.2.3	Gebäudeabbruch im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Grundstücks	165
5.1.2.4	Übernahme von Verbindlichkeiten	167
5.1.2.5	Anschaffung in Fremdwährung.....	168
5.1.2.6	Umsatzsteuer (Vorsteuer)	168
5.1.2.7	Zuschüsse zur Anschaffung oder Herstellung von Anlagegütern	168
5.1.2.8	Nachträgliche Anschaffungskosten und nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten	169
5.1.2.9	Garantierückbehalt	169
5.1.2.10	Verdeckte Gewinnausschüttung	169
5.1.2.11	Tausch	170
5.1.2.12	Finanzierungskosten	170
5.1.2.13	»Fiktive« Anschaffungskosten in Fällen des unentgeltlichen Erwerbs	170
5.1.2.14	Unentgeltlicher Erwerb im Privatvermögen und Einlage in das Betriebsvermögen	171
5.1.2.15	Neue gesetzliche Regelung für »anschaffungsnahe Herstellungskosten«.....	172
5.2	Herstellungskosten.....	172
5.2.1	Handelsrecht	172
5.2.2	Steuerrecht.....	173
5.3	Börsen- oder Marktpreis.....	174
5.4	Beizulegender Wert.....	175
5.5	Teilwert.....	175
5.5.1	Allgemeines	175
5.5.2	Vermutungen für die Höhe des Teilwerts (Teilwertvermutung).....	176
5.5.3	Widerlegung der Teilwertvermutung	176
5.5.4	Besonderheit bei der Bestimmung der Höhe der Teilwertabschreibung.....	176
5.5.5	Teilwertabschreibung bei festverzinslichen Wertpapieren	177
5.6	Gemeiner Wert	177

III	Einzelne Aktivposten	178
1	Grundstücke und Gebäude	178
1.1	Allgemeines	178
1.2	Gebäudeteile	179
1.2.1	Grundsatz	179
1.2.2	Gebäudeteile als selbständige Wirtschaftsgüter	179
1.2.3	Einteilung eines Gebäudes nach Funktionszusammenhang (R 4.2 Abs. 4 EStR)	180
1.2.4	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Einzelunternehmen	181
1.2.4.1	Notwendiges Betriebsvermögen (R 4.2 Abs. 7 EStR)	181
1.2.4.2	Gewillkürtes Betriebsvermögen (R 4.2 Abs. 9 EStR)	181
1.2.4.3	Behandlung der Grundstückseinnahmen und -ausgaben	182
1.2.4.4	Wegfall der Voraussetzungen für die Behandlung als Betriebsvermögen	182
1.2.5	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Personengesellschaften	182
1.2.5.1	Notwendiges Betriebsvermögen (R 4.2 Abs. 11 und 12 EStR)	182
1.2.5.2	Gewillkürtes Betriebsvermögen	184
1.2.5.3	Grundstücksteile im Betriebsvermögen von Personengesellschaften	184
1.2.5.4	Wegfall der Voraussetzungen für die Behandlung als Betriebsvermögen	184
1.2.6	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Kapitalgesellschaften	184
1.2.7	Weitere Fälle zu R 4.2 EStR	185
2	Technische Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	187
2.1	Technische Anlagen und Maschinen	187
2.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	187
2.3	Geleistete Anzahlungen	187
2.4	Anlagen im Bau	187
3	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	188
3.1	Vorbemerkung	188
3.2	Begriff	188
3.3	Bewertung	188
3.3.1	Anschaffungskosten	188
3.3.2	Niedrigerer beizulegender Wert/Teilwert	189
3.4	Beteiligungserträge	190
3.4.1	Allgemeines	190
3.4.2	Sonderfall der »phasengleichen Aktivierung«	190
3.4.3	Höhe der Beteiligungserträge	191
4	Wertpapiere	191
4.1	Allgemeines	191
4.2	Zurechnung der Wertpapiere zum Betriebsvermögen	191
4.3	Anschaffungskosten	192
4.4	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	192
4.4.1	Grundsatz	192
4.4.2	Ermittlung des niedrigeren Teilwerts	194
4.5	Einzelbewertung/Durchschnittsbewertung	194

4.6	Anwendung von Verbrauchsfolgeverfahren?	196
4.7	Bezugsrechte und junge Aktien	196
4.8	Behandlung der Stückzinsen	197
4.9	Behandlung der Wertpapiererträge	197
4.9.1	Steuerliche Behandlung der Erträge aus Aktien	197
4.9.2	Buchhalterische Behandlung	198
4.9.3	Beteiligung einer Kapitalgesellschaft	198
4.9.4	Buchmäßige Behandlung der Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren ..	198
5	Vorräte	199
5.1	Definition	199
5.2	Teilwertabschreibungen bei Warenvorräten	199
5.2.1	Teilwertabschreibung beim Sinken der Einkaufspreise	200
5.2.2	Teilwertabschreibung bei Unbrauchbarkeit oder Beschädigung der Ware...	200
5.2.3	Teilwertabschreibung beim Sinken der Verkaufspreise	200
5.3	Gängigkeitsabschlag	201
5.4	Verlustfreie Bewertung/retrograde Ermittlung des Teilwerts	201
5.5	Bewertungsvereinfachungsverfahren	202
5.5.1	Durchschnittsbewertung	202
5.5.1.1	Handelsrechtliche Regelung	202
5.5.1.2	Steuerrechtliche Regelung	202
5.5.2	Verbrauchsfolgeunterstellung	203
5.5.2.1	Handelsrechtliche Regelung	203
5.5.2.2	Steuerrechtliche Regelung	203
5.5.2.3	Unterschied Handelsrecht/Steuerrecht	203
5.5.2.4	Vorratsbewertung nach der Lifo-Methode	203
5.5.2.5	Teilwertabschreibungen (R 6.9 Abs. 6 EStR)	205
5.6	Festwert	205
5.6.1	Handelsrechtliche Regelung	205
5.6.2	Steuerrechtliche Regelung	206
6	Forderungen und ihre Bewertung	207
6.1	Forderungen im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	207
6.2	Bewertung der Forderungen	207
6.2.1	Anschaffungskosten	207
6.2.2	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	207
6.2.3	Verrechnungsverbot	210
6.2.4	Sonderfall der Forderung: Unfertige Bauten auf fremdem	
	Grund und Boden	210
6.2.4.1	Grundsatz	210
6.2.4.2	Bewertung	210
6.2.4.3	Die neuere einschlägige BFH-Rechtsprechung	211
7	Bewertung von Fremdwährungsposten in der Bilanz	211
7.1	Einleitung	211
7.2	Bewertungsgrundsatz	212
7.3	Zeitpunkt der Bewertung	213
7.3.1	Devisenbestände und Konten in ausländischer Währung	213
7.3.2	Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	213

7.3.3	In ausländischer Währung angeschaffte Vermögensgegenstände.....	214
7.3.4	Schwebende Geschäfte.....	214
7.4	Devisentermingeschäfte	215
7.5	Geschlossene Position	216
7.6	Wertpapiere in ausländischer Währung.....	218
IV	Geringwertige Wirtschaftsgüter – Neuregelung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz	219
V	Einzelne Passivposten	223
1	Steuerfreie Rücklagen	223
1.1	Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter (§ 6b EStG).....	223
1.1.1	Grundsatz	223
1.1.2	Voraussetzungen.....	224
1.1.3	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	224
1.1.3.1	Begünstigte Wirtschaftsgüter	224
1.1.3.2	Höhe der Übertragung.....	225
1.1.4	Bildung einer Rücklage	225
1.1.5	Auflösung der Rücklage	226
1.1.6	Gewinnzuschlag	226
1.1.7	Übertragung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	226
1.1.7.1	Allgemeines	226
1.1.7.2	Die steuerfreie Rücklage.....	226
1.1.7.3	Anwendung auf Personengesellschaften	228
1.1.7.4	Behandlung von einbringungsgeborenen Anteilen	229
1.1.8	Übertragungsmöglichkeiten in personeller Hinsicht, insbesondere bei Mitunternehmern	229
1.1.9	Aufgabe oder Veräußerung des Betriebs	231
1.1.10	Fortführung der Rücklage bei der Realteilung von Personengesellschaften	231
1.2	Übertragung stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (R 6.6 EStR)	231
1.2.1	Voraussetzungen.....	231
1.2.2	Höhere Gewalt/behördlicher Eingriff.....	232
1.2.3	Entschädigung.....	232
1.2.4	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	233
1.2.5	Ersatzwirtschaftsgut.....	234
1.2.6	Bildung einer Rücklage für Ersatzbeschaffung (RfE)	235
1.2.7	Auflösung der Rücklage	235
1.2.8	Aufgabe und Veräußerung des Betriebs	235
1.2.9	Neuere Rechtsprechung zu R 6.6 EStR	235
1.3	Rücklage gemäß § 7g Abs. 3 EStG.....	236
2	Rückstellungen	236
2.1	Allgemeines	236
2.2	Rückstellungen in der Handelsbilanz	236
2.2.1	Bilanzierungsvorschriften (§§ 249 und 274 Abs. 1 HGB)	236

2.2.2	Bewertungsvorschriften (§ 253 Abs. 1 und 2 HGB)	237
2.3	Rückstellungen in der Steuerbilanz	237
2.3.1	Bilanzierungsvorschriften (Grundregel)	237
2.3.2	Gesetzliche Vorschriften über Rückstellungen im Steuerrecht	237
2.3.2.1	Präzisierung der Grundregel	237
2.3.2.2	Ausnahmen von der Grundregel	239
2.3.3	Bewertung von Rückstellungen in der Steuerbilanz (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a EStG)	239
2.4	Spezielle Probleme bei der Bildung von Rückstellungen in der Steuerbilanz	241
2.4.1	Der Haupttyp: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	241
2.4.2	Rückstellung für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen	241
2.5	Besondere Rückstellung in der Handelsbilanz	243
2.6	Auflösung der Rückstellung	244
3	Verbindlichkeiten	244
3.1	Verbindlichkeiten im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	244
3.2	Bewertung der Verbindlichkeiten	245
3.2.1	Erfüllungsbetrag	245
3.2.2	Höherer Stichtagswert/Teilwert	245
3.2.3	Abgeld/Aufgeld	245
3.2.4	Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	246
3.2.5	Abzinsung von Verbindlichkeiten	246
3.3	Bewertung von Rentenverbindlichkeiten	248
3.4	Saldierungsverbot	248
VI	Übertragung von Wirtschaftsgütern auf andere Betriebsvermögen	249
1	Grundsatz	249
2	Übertragungen in das Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft	249
3	Ergänzende Bestimmungen	251
3.1	Übertragung mit dem Buchwert	251
3.2	Übertragung mit dem Teilwert	252
4	Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen dem inländischen Betriebsvermögen und einer ausländischen Betriebsstätte	253
4.1	Gesetzliche Regelung	253
4.2	Anwendung bestehender Vorschriften	253
4.2.1	Ausgleichsposten nach dem Betriebsstättenerlass	253
4.2.2	Ausgleichsposten nach § 4g EStG	254
4.2.3	Neue Regelung nach dem Jahressteuergesetz 2010	255
VII	Technische Fragen	256
1	Notwendigkeit von Anpassungen	256
1.1	Betriebsvermögensvergleich	256
1.2	Die Zweischneidigkeit der Bilanz	256
1.3	Gewinnauswirkung von Bilanzberichtigungen auf das Ergebnis von zwei aufeinander folgenden Jahren	256

1.4	Gewinnauswirkung der Berichtigung von Entnahmen und Einlagen	257
2	Die »Mehr/Weniger«-Rechnung.....	258
2.1	Die Bilanzpostenmethode.....	258
2.2	Die G + V-Methode.....	259
2.3	Einzelfälle (gleichzeitig formale Darstellung)	260
2.3.1	Erhöhung eines Aktivpostens	260
2.3.2	Erhöhung eines Passivpostens	263
2.3.3	Änderungen im »Privatbereich«	264
2.3.4	Korrektur der nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben gemäß § 4 Abs. 5, 5b und 7 EStG.....	266
2.3.5	Zusammenfassung/Formular bei der Mehr-/Weniger-Rechnung.....	267
3	Notwendigkeit der Anpassungen an die Prüferbilanz	268
3.1	Allgemeines	268
3.2	Anpassungsbuchungen in der Buchführung des geprüften Unternehmens	269
4	Bilanzberichtigung, Bilanzänderung und Bilanzenzusammenhang.....	273
4.1	Bilanzberichtigung und Bilanzänderung.....	273
4.1.1	Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 S. 1 EStG	273
4.1.2	Bilanzänderung nach § 4 Abs. 2 S. 2 EStG.....	275
4.2	Der Bilanzenzusammenhang und seine Durchbrechung	276